

Finanzdepartement
des Kantons St. Gallen
Regierungsrat Martin Gehrler
Davidstrasse 35
9001 St. Gallen

St.Gallen, der 14. Oktober 2009

Vernehmlassung: Personalgesetz

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die SVP des Kantons St.Gallen begrüsst grundsätzlich die Bemühungen des Finanzdepartementes, welche mit dem Entwurf des Personalgesetzes umgesetzt wurden.

Die SVP begrüsst den geplanten grundsätzlichen Wegfall des Beamtenstatus und auch, dass die Mitarbeitenden der Staatsverwaltung mit schriftlichem Vertrag angestellt sind und nicht länger durch eine Verfügung. Dies bedeutet, dass die Mitarbeitenden der Staatsverwaltung wie jeder in der Privatwirtschaft Angestellte dem OR unterstehen, mit allen Rechten und Pflichten.

Ebenfalls begrüsst es die SVP, dass eine Probezeit eingeführt werden soll, wie diese in der Privatwirtschaft bereits lange existiert und sich bewährt hat. Ebenso soll das Pensionsalter grundsätzlich auf 65 Jahre fixiert werden. Die SVP begrüsst grundsätzlich die Möglichkeit der flexiblen Pensionierung, verlangt jedoch, dass diese vom 63. bis zum 70 Lebensjahr möglich sein soll.

Der Artikel 29 der Vernehmlassung ist für die SVP zu wenig zielführend. Die SVP des Kantons St.Gallen verlangt, dass sämtliche Staatsangestellte, welche mit einem Pensum von mehr als 30% beim Staat angestellt sind, automatisch von einer Kantonsratsmitgliedschaft ausgeschlossen sind.

Die SVP ist für eine strikte Verschärfung des Artikels 29, da mit dem bestehenden Artikel keine Interessenskonflikte – und Vorstösse aus vertraulichem Wissen, welches durch die Tätigkeit bei staatlichen Stellen vorhanden ist – verhindert werden.

Der Artikel 73 (Streikrecht) ist unserer Meinung nach viel zu dehnbar ausgelegt. Hier fordert die SVP eine klarere Definition, welche Art von Streiks neu zugelassen werden, und welche weiterhin wegen Wahrung der Grundmenschenrechte verboten bleiben sollen. Grundsätzlich wünscht sich die SVP, dass Streiks generell verboten bleiben, da der dadurch entstehende Schaden für Volk und Kanton immens sein kann.



Die Schweizerische Volkspartei behält sich weitere Einsprachen ausdrücklich vor.

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung über das Personalgesetz.

Mit freundlichen Grüßen

KR Toni Thoma
Präsident